

An die Wähler des Bezirks Neuenbürg!

Die letzte Reichstagswahl vor 3 Jahren hat gezeigt, daß die überwältigende Mehrheit der Wähler des Bezirks eine **entschieden fortschrittliche** Vertretung im Landtag wünscht. Was die deutschparteiliche Mehrheit in den 25 Jahren ihrer Vorherrschaft nicht zu leisten vermochte, hat der letzte Reformlandtag unter der Führung der Volkspartei zu stande gebracht!

1. Die Verfassung ist erneuert.
2. Die Steuern sind gerechter, wenn auch diese Reform dem Ideal der Volkspartei noch nicht entspricht.
3. Die Verwaltung ist freier.
4. Der Verkehr ist erleichtert. (2 Pfg.-Tarif).
5. Die Schulreform ist im Fluß.

Aber noch ist viel zu tun, um das Volkswohl zu heben. Wir brauchen daher im kommenden Landtag Männer, die unerschrocken für die Rechte des Volkes kämpfen, Männer, die sich den rückschrittlichen Bestrebungen auf dem Gebiet der Kultur von Zentrum, Bauernbund und der mit diesen verbündeten Deutschen Partei mannhast entgegenstellen, Männer, die sich dagegen wehren, daß dem Volke die notwendigsten Nahrungsmittel verteuert werden, aber auch Männer, die keine einseitige Klassenpolitik treiben, wie die Sozialdemokratie, sondern das Wohl aller Staatsbürger im Auge haben.

Wähler! Wenn ihr solche Vertreter wünscht, so wählet am 5. Dezember den

Kandidaten der Volkspartei

Professor L. Hoffmann

an der tierarzneilichen Hochschule in Stuttgart.

Das Wahlkomitee.

Eingekandt.

Neuenbürg, den 1. Dezember.

In Nr. 188 des „Enztalers“ stellt Hr. Loos nochmals seinen Standpunkt fest, ohne eine Entgegnung auf das Eingekandt in Nr. 187 zu versuchen. Er stellt eine solche von Hrn. Dr. Rehm in Aussicht. Diese ist nicht, wie erwartet wurde, in Nr. 189 erschienen, kann also nur im Montagsblatt erscheinen. Auf diese Erwiderung ist keine Entgegnung vor Mitwoch mehr möglich. Vielleicht wurde das beabsichtigt, um das letzte Wort zu haben. Doch muß gesagt werden, daß die Volkspartei nicht, wie Hr. Loos behauptete, auf der Seite derjenigen ist, die die Jesuiten ins Land hereinlassen wollen, die die Franzosen austreiben. Der Sachverhalt ist folgender: Die Volkspartei hat seinerzeit im Reichstag nur für Aufhebung des § 2 gestimmt, der bestimmt, daß auch deutsche Reichsangehörige aus Deutschland ausgewiesen werden sollen, wenn sie dem Orden Jesu angehören. Dagegen hat die Volkspartei stets für Aufrechterhaltung des § 1 gestimmt, der sagt, daß keine Niederlassungen oder Klöster des Ordens Jesu in Deutschland gegründet werden dürfen. Bei dem Zusammengehen der Nationalliberalen mit dem Bauernbund, mit den Konservativen und mit dem Zentrum nimmt sich der Vorwurf des Hrn. Loos gegen die Volkspartei merkwürdig aus. Zudem zeigt die Geschichte, daß die Jesuiten nur einem solchen Volke gefährlich werden können, das nicht genügend gebildet ist und wenn der Staat sich der katholischen Kirche gegenüber schwach zeigt. Zudem ziehen die Jesuiten freiwillig aus Frankreich, weil sie sich dem neuen Vereinsgesetz, das für alle Religionsgemeinschaften gilt, nicht unterwerfen wollen. Die Volkspartei wird niemals dafür zu haben sein, daß die aus Frankreich ausgewanderten Jesuiten bei uns aufgenommen werden, das glaubt doch auch gewiß Hr. Loos. Also in diesem Punkt läßt sich gegen die Volkspartei nichts machen. Mit solchen verrosteten Waffen kämpft man nicht. Das hat vor 6 Jahren vielleicht noch gewirkt, heute zieht das nicht mehr, da bekannt ist, daß die Volkspartei und Zentrum die schärfsten Gegner sind. Dagegen kommt es vor, daß protestantische und katholische Geistliche zusammenarbeiten, um die Volkspartei zu bekämpfen und wie Zentrum und Deutsche Partei sich in Weislingen u. a. D. unterstützen. Daß bei einer solchen Parteigruppierung, wie sie die Wahlbewegung gezeitigt hat (siehe Enztaler Nr. 188) die Volkspartei in Neuenbürg nicht einen Deutschparteiliker akzeptieren konnte, wird Hr. Loos nun selbst einsehen,

das wäre Verleugnung des volksparteilichen Prinzips und Unterstützung der Reaktion gewesen.

Was die Deutsche Partei Liberalismus heißt, hat mit diesem oft nur den Namen gemeinsam. Im Reichstag hat die nationalliberale Partei häufig die Geschäfte der Reaktion besorgt und daher kommt auch die Unzufriedenheit der eigenen Mitglieder mit der Parteileitung der Deutschen Partei. Die preußischen Nationalliberalen sind oft reaktionärer als die Konservativen. Wenn in dem Eingekandt in Nr. 188 der Volkspartei der Vorwurf gemacht wird, daß sie das Beste in ihrem Programm verschweige, so rate ich dem Einsender, das selbe nochmals anzusehen. Was sagt denn „entschiedene Stellungnahme gegen Steuer- und wirtschaftliche Maßnahmen, die den Verkehr und seine Entwicklung einengen, die Volksernährung verschlechtern“ u. s. w. Ist das nicht entschieden genug? Ist da etwas verschwiegen? Wenn der Einsender der Volkspartei vorwirft, sie verschweige die Forderung der Simultanschule, so möchte ich ihn nur darauf hinweisen, was Hieber vor 4 Wochen im Landtag sagte und was Hr. Dr. Rehm vor 8 Tagen sagte. Jeder das Gegenteil vom andern. In dem Wort „Fachschulaufsicht“ des volksparteilichen Programms ist mehr enthalten, als der Einsender ahnt. Hr. Rehm ist für Simultanschule und steht da mit dieser Forderung außerhalb des deutschparteilichen Programms. Die Kinder der höheren Klassen, aus denen sich die Deutsche Partei zum großen Teil rekrutiert, gehen in höhere Schulen, die alle simultan sind, alle Konfessionen sind gemischt. Warum sollen denn die Kinder des niederen Volkes, die Volksschüler, nach Konfessionen getrennt sein? Diese Konsequenz hat die Volkspartei schon von jeher gezogen. Die Volkspartei hat nichts zu verdecken und zu verschleiern, ihre Politik war immer klar und durchsichtig. Dagegen hat sich die Deutsche Partei, wie in dem zweiten Eingekandt von Nr. 188 zu ersehen ist, durch ihre unklare Politik in eine Sackgasse verrannt. Zudem wirft nun Schrempf in seiner „Reichspost“ seinen Freunden von der Deutschen Partei „unehrliche Handlungsweise“ vor, weil sie auf das Bündnis mit Zentrum und Konservativen zuerst eingegangen wollten, dann aber aus Angst vor Demokratie und Sozialdemokratie, um diesen nicht zu viel Agitationsstoff zu liefern, davon zurücktraten. Deutschparteiliche Redner stellten dann das so dar, als wären sie von den Konservativen vom Bündnis ausgeschlossen worden.

Wenn Schrempf so etwas sagt, daß die Politik der Deutschen Partei nicht ehrlich sei, so muß er wissen, warum er das sagt, denn gute Freunde pflegen einander gut zu kennen.

Rundschau.

Berlin, 30. Nov. Für den Hauptmann von Köpenick sind bis jetzt, wie die „Zef. Bg.“ berichtet, sechzig Postpakete eingetroffen. Die Hälfte der Pakete enthielt Wein und Spirituosen, die Voigt nicht übermitteln dürfen, aber es gab auch eine ganze Menge Schwarz, und die kamen ihm ohne Einschränkung zugute. Man konnte aus allen den schönen Dingen, die ihm so die Gefängniszeit verflücht haben, eine wohlfortierte Speisekarte zusammenstellen. Vielleicht hat der langjährige Zuchthausler mancher von den Delikatessen nicht einmal ihrem Namen nach gekannt. Die Freigebigkeit seiner Bewunderer beschränkte sich aber nicht auf Viktualien. In Geldanweisungen sind im ganzen nicht weniger als 700 M. eingetroffen. Natürlich stehen diese bis auf weiteres nicht zu seiner Verfügung. Gegen 60 M. von der Summe stammen aus einer Kollekte, die von einer Verehrerin Voigts in einem Frauendampfbade veranstaltet wurde. Unter den Sendungen, die aus dem Auslande kamen, sei eine ganze Kiste voll Kates und Biskuits aus England erwähnt. Ein Mädchenpensionat in der Schweiz versorgte den Hauptmann mit selbstgebackener Marmelade, und damit er sich die Zeit vertreiben könne, schickte eine Verehrerin aus Paris ihm eine reizende Puppe in Hauptmannsuniform. (Wie da die „Leute“ freigebig sind, während sie oft für andere gute Zwecke keine Empfindung haben. D. Red.)

Berlin, 1. Dezbr. Der Prozeß gegen den Schuhmacher Voigt, den falschen Hauptmann von Köpenick, nahm heute vormittag im Kriminalgerichtsgebäude seinen Anfang. Der Saal füllte sich mit elegantem Publikum, in dem das weibliche Geschlecht stark vertreten war. Auf drei besonderen Sitzreihen hatten zahlreiche Offiziere, Ministerialbeamte, Staatsanwälte, Richter usw. Platz genommen. Unter großer Spannung des Publikums wurde der Angeklagte in den Saal geführt. Er sah etwas blaß aus, zeigte jedoch sonst ein sehr lebhaftes Wesen und betrat mit schnellem Schritt die Anklagebank. Er machte den Eindruck eines würdigen alten Herrn, frisch rasiert, mit sauberem Stehfragen, sorgfältig gebundenem Schlips und korrekt zugeknöpftem Rock. Mit Staunen hörte man den Angeklagten eine außerordentlich gewandte Darstellung seines Vorlebens geben. In fesselnder Rede, mit treffenden, sehr geschickten und originellen

Wendungen erzählte er von seinen Wander- und Zuchthausjahren. Gemessene Bewegungen begleiteten seine Worte. Die Darstellung seines Zugs nach Köpenick schien ihm eine sehr angenehme Erinnerung zu sein, und bei seinen Erzählungen huschte manches Lächeln über sein Gesicht. Seine Kenntnis mancher kleiner militärischer Einzelheiten ist erstaunlich. Der ganze Zug stellte sich unter seiner teilweise von humoristischen Bemerkungen durchzogenen Darstellung so grotesk dar, daß selbst der Vorsitzende und der Staatsanwalt hin und wieder ein Lächeln nicht unterdrücken konnten. Tiefere und für gewisse Zustände anklagende Töne, die auf niemand im Saal ohne Wirkung blieben, schlug der Angeklagte an, als er von der Hebe der Polizei auf sich sprach, die ihn unflät und flüchtig von Ort zu Ort, von Arbeitsstätte zu Arbeitsstätte trieb. Der Angeklagte behauptet, daß er nicht von schnöder Gewinnjagd bei seinem Unternehmen getrieben gewesen sei, und daß er in Köpenick nur einen Militärpaß zu besserem Fortkommen habe erobern wollen. Der Vorsitzende behandelte den Angeklagten ohne feindselige Schärfe, eher mit einer lächelnden Nachsicht und konstatierte wiederholt, daß die Angaben des falschen Hauptmanns den Tatsachen entsprachen. Nur einmal wurde der Vorsitzende ärgerlich, als Voigt in ironischen Ton versiel und respektlos von dem Bürgermeister von Köpenick zu sprechen wagte. Es begann hierauf die Zeugenvernehmung. Der Gefreite Barlopp, der Führer der Schwimmanstättwache, dessen genaue Angaben wie z. B. die, daß Voigt in Kummelsburg einen Kognal zu 25 J getrunken habe, unterdrückte Heiterkeit hervorriefen, erklärte, Voigt habe sich so benommen wie ein richtiger Vorgekehrter. Bürgermeister Langerhans-Köpenick erklärte, er habe geglaubt, es mit einem Geisteskranken zu tun zu haben. Auf eine Frage des Verteidigers, warum er denn den angeblich rabiaten Geisteskranken nicht durch eine Frage zur Vernunft zu bringen gesucht habe, erwiderte der Bürgermeister, man habe befürchtet, sich bei den Soldaten, die dem Hauptmann blindlings gehorchten, lächerlich zu machen. Die Soldaten hätten nicht auf seine Weisungen gehört, sondern nur auf die Voigts. — Um 3 Uhr wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Der Staatsanwalt beantragte wegen Betrugs eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die gleiche Zeit und Einziehung der Uniformstücke. Nach den Plaidoyers der beiden Verteidiger zog sich der Ge-

richtshof um 5¹/₄ Uhr zur Beratung zurück. — Das Urteil wurde 6 Uhr 23 Minuten verkündet. Voigt wurde wegen schwerer Urkundenfälschung, Vergehens gegen die öffentliche Ordnung, Freiheitsberaubung, Betrugs und unberechtigten Tragens einer Uniform zu 4 Jahren Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt. — Voigt erklärte sich mit dem Urteil beruhigen zu wollen. Der Staatsanwalt behält sich seine Entscheidung vor.

Die Mitteilungen des Münchner Schriftstellers Dr. Ganghofer über die bekannten Äußerungen des deutschen Kaisers werden von der englischen Presse sehr günstig aufgenommen, wie auch die große Rede des deutschen Reichskanzlers im Reichstage. Doch meinen einige englische Blätter, die Engländer könnten eben dem Fürsten Biltow nicht volles Vertrauen schenken, es wäre anders, wenn ein anderer deutscher Reichskanzler diese Rede gehalten hätte. Die Engländer trauen uns Deutschen eben deswegen nicht, weil wir auf unserer der englischen bei weitem nicht gewachsenen und ihr auch in Zukunft keineswegs durch die Zahl der Schiffe etwa gefährlichen Flotte eine vom Admiral bis zum letzten Matrosen so tüchtig geschultes Personal haben, daß wir die englische Flotte, die ein solches Personal niemals zusammenbringen kann, unter Umständen nicht zu fürchten brauchen. Ohne dies offen gestehen zu können und zu wollen, fürchten die Engländer am meisten die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Vor Jahren, als sie verlangten, daß alle deutschen Industriefabrikate den Vermerk „Made in Germany“ (verfertigt in Deutschland) tragen müssen, sobald diese Waren nach England und seinen Kolonien kommen oder auf englischen Schiffen transportiert werden, hatten die Engländer gehofft, den deutschen Industriezeugnissen eine Art Brandmal aufzudrücken. Aber dieses „Made in Germany“ ist in der ganzen Welt sehr in Ehren gekommen und die fremden Nationen beziehen lieber deutsche als englische Waren, weil sie nicht nur billiger, sondern namentlich auch viel solider sind als die englischen. Diesen Aufschwung der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt möchten freilich die Engländer durch eine Art Raubkrieg vernichten, aber indem sie sich Frankreich so eng angeschlossen haben, müssen sie fürchten, daß unter Umständen ihre französischen Bundesgenossen die Kosten eines englischen Raubkriegs gegen Deutschland zahlen müßten.

Garantierte Ziehung 4. Dezbr.
Stuttg. Geldlose 2 M.
6 Lose 11 M., 11 Lose 20 M.
Straßb. Geldlose 2 M.
Haupttr. 35 000, 40 000 M.
Jenaer Geldlose 1 M.
Gannstatter Geldlose 2 M.
Ebinger Geldlose 1 M.
Obige 5 Originallose mit 5
Listen franko, womit eventuell
139 000 M. gewonnen werden
können, nur 9 M.
Schon 39 I. Haupttreffer
verkauft.
C. Breitmeyer, Generalag.,
Stuttgart.

Rheumatis- und Gicht-Leidenden

teile ich aus Dankbarkeit umsonst
mit, was meiner Mutter von
Jahrelangen qualvollen Gicht-
leiden geholfen hat.

Marie Grönaner,
München, Pilgerstraße 2, II.

Neuenbürg.

Stempelfarbe

für

Fleischbeschauer

wie vorgeschrieben: violett-gift-
frei, zu haben bei

C. Meck.